

zu A. b) Forderungen und Grundsätze

01) Der Deutsche Hochschulverband (DHV) gegen Denk- und Sprechverbote an Universitäten: „Freie Debattenkultur muss verteidigt werden“

Pressemitteilung vom 10.04.19

Der Deutsche Hochschulverband (DHV) gegen Denk- und Sprechverbote an Universitäten

Der Deutsche Hochschulverband (DHV) warnt vor Einschränkungen der Meinungsfreiheit an Universitäten. „Die Toleranz gegenüber anderen Meinungen sinkt. Das hat auch Auswirkungen auf die Debattenkultur an Universitäten“, stellte DHV-Präsident Professor Dr. Bernhard Kempen anlässlich des 69. DHV-Tags in Berlin fest. Die insbesondere im anglo-amerikanischen Hochschulraum zu beobachtende Entwicklung, niemandem eine Ansicht zuzumuten, die als unangemessen empfunden werden könnte, verbreite sich auch in Deutschland. Im Streben nach Rücksichtnahme auf weniger privilegiert scheinende gesellschaftliche Gruppierungen forderten einige Akteure das strikte Einhalten von „Political Correctness“. Parallel dazu wachse mit dem Erstarren politischer Ränder das Erregungspotenzial.

„Die Suche nach Wahrheit und Erkenntnis lebt vom leidenschaftlichen, heftigen und kontroversen Ringen um Thesen, Fakten, Argumente und Beweise. An Universitäten muss daher jede Studentin und jeder Student sowie jede Wissenschaftlerin und jeder Wissenschaftler seine Forschungsergebnisse, Thesen und Ansichten ohne Angst zur Diskussion stellen können“, betonte Kempen. „Widersprechende Meinungen müssen respektiert und ausgehalten werden. Differenzen zu Andersdenkenden sind im argumentativen Streit auszutragen – nicht mit Boykott, Bashing, Mobbing oder gar Gewalt.“

Gerade unkonventionellen, unbequemen und unliebsamen Meinungen müssten Universitäten ein Forum bieten, solange es Forschungsergebnisse und wissenschaftliche Thesen von [Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern](#) sind. Damit sei unvereinbar, dass sich in letzter Zeit Ausladungen von Personen häufen, die vermeintlich unerträgliche Meinungen verträten. „Soweit es sich um den Versuch handelt, die Äußerung wissenschaftlicher Auffassungen zu unterbinden, ist das einer Universität nicht würdig“, erklärte Kempen.

Bei nichtwissenschaftlichen Äußerungen von partei- oder allgemeinpolitischen Meinungsführerinnen und Meinungsführern könnten sich Universitäten grundsätzlich von Partei- und Gesellschaftspolitik weitgehend fernhalten, so Kempen. Aus Sicht des DHV sei dies jedoch nicht richtig: „Die Universität muss Teil und Forum der gesellschaftlichen Debatte sein. Ein Rückzug in den ‚Elfenbeinturm‘ schadet ihr selbst“, erklärte der DHV-Präsident. Universitäten sollten daher alle vom Bundesverfassungsgericht nicht als verfassungswidrig eingestuften Parteien zu Wort kommen lassen. Das bedeute in einem freiheitlichen Rechtsstaat, dass die Äußerung einer nicht verfassungswidrigen, aber politisch unerwünschten Meinung nicht nur geschützt, sondern notfalls auch erst ermöglicht werden müsse. „Ausflüchte schaden der Universität mehr als sie ihr nutzen“, resümierte Kempen. „Ihre wichtige Aufgabe, Debatten anzustoßen und zu strukturieren, können



Seite 17 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 748 vom 18.04.2019

Universitäten nur ausfüllen, wenn sie nicht denjenigen nachgeben, die sie maßregeln wollen, am lautesten schreien, mit Gewalt drohen oder sie sogar anwenden.“

Für die Freiheit von Forschung und Lehre müsse jede einzelne Wissenschaftlerin und jeder einzelne Wissenschaftler täglich neu eintreten und kämpfen. Staat und Universitäten müssten ihnen dabei die notwendige Rückendeckung geben.

https://www.hochschulverband.de/pressemitteilung.html?&no_cache=1&tx_ttnews%5Btt_news%5D=311&cHash=654d6bd0a6a747f0b20e53f722978ed5#_

Diesen Beitrag verdanken wir einem Hinweis unseres Lesers Roger Kunert vom 11.04.2019

02) Wegweiser auf den Autobahnen mit deutschen Ortsnamen

Die Bundeshauptversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich (SLÖ) beschloss am 6. April 2019 im Haus der Heimat Wien folgende

R E S O L U T I O N

Zur Zeit sind auf Österreichs Autobahnen die Wegweiser nach Städten im Ausland gesetzeswidrig nur fremdsprachig beschriftet, z.B.: Praha und Bratislava statt richtig zweisprachig Prag / Praha und Preßburg / Bratislava.

Es sollen künftig richtigerweise auf Österreichs Straßen die ausländischen Städtenamen auch mit der österreichischen (deutschen) Bezeichnung auf den Straßen – Hinweistafeln angeschrieben werden. Zuerst angeführt in Deutsch, da die große Masse der Straßenbenutzer Deutsch spricht und dies der internationalen Praxis und den Rechtsgrundsätzen entspricht.

In Deutschland und anderen Nachbarländern wird dies auch so gehandhabt.

Wien, am 11. April 2019

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich



Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider Deinen Nächsten...

Der Begriff „Vandalismus“ ist zu brandmarken!

Nein, „Zehn kleine Negerlein...“, das geht nicht! Und „Lustig ist das Zigeunerleben...“, ja, wo sind wir denn – das geht erst recht nicht; im Internet heißt es an einer Stelle dazu: „‘lustig ist es im grünen Wald‘, da müsse man gleich an Buchenwald und das ‚Leben im KZ‘ denken“! „Schoko- oder Schaumküsse“ statt „Negerküsse“, „Sarotti-Mohr“? U-Bahnhof Möhrenstraße statt Mohrenstraße?

In Verlautbarungen von Polizei, Feuerwehr und anderen Behörden des öffentlichen Dienstes, auf Plakaten des Verkehrsverbunds Berlin-Brandenburg, bei Versicherungen, in Pressemeldungen, kurzum: täglich und hundertfach springt mir der Begriff „Vandalismus“ ins Auge. So auch wieder am 27.12.2011 mehrmals in der „Abendschau“ von „RBB Radio Berlin Brandenburg“, tags darauf springen mir auf der Titelseite der (von mir) angesehenen Wochenzeitung DIE ZEIT „Die Vandalen“ ins Auge. Warum versagen hier die „Wertehüter“ unserer Gesellschaft? Sie wollen doch nicht durch solche und andere „Lässigkeiten“ den Rechtsextremismus fördern?

Wie kann das sein. „Vandalismus“, d.h. „blindwütige Zerstörung von Kulturgütern usw.“ Ein ganzes Volk dient da für eine herabsetzende Begriffsbildung! Das Volk der Ostgermanen ist zwar von der Erdoberfläche schon vor rund 1.500 Jahren verschwunden, aber sie hinterließen uns auch zwei europäische Landschaftsnamen: nach dem vandalischen Teilstamm der Silingen die deutsche und polnische Bezeichnung für ihre alte Heimat „Schlesien“ (poln. Śląsk) und den Namen von „Andalusien“ auf der Iberischen Halbinsel, dem Durchzugsland auf ihrem Weg unter König Geiserich in ihr letztes Reich um Karthago in Nordafrika.

Der verleumderische Begriff „Vandalismus“ geht auf den lothringischen Abbé Henri Grégoire in der Zeit der Französischen Revolution zurück.

(Näheres s. [www.westpreussen-berlin.de/Mitt86/LW_86_1-6_Vandalismus_Jan-Maerz_2012\(1\).pdf](http://www.westpreussen-berlin.de/Mitt86/LW_86_1-6_Vandalismus_Jan-Maerz_2012(1).pdf)).

Dieser Begriff hat keine historische Berechtigung. Warum hat der Abbé Grégoire aus den vielen Wandervölkern der Völkerwanderungszeit gerade die Vandalen herausgegriffen? Es hätte doch viele andere Möglichkeiten gegeben: die Hunnen, die furchtbare Plünderung Roms im Mai 1527 (*Sacco di Roma*) des Connetable de Bourbon...? Nicht Vandalen waren es, die Raffaels Gemälde aufschlitzten, auch wenn das viele heutzutage glauben.

Fortgesetzte Bemühungen ernsthafter Schriftsteller und Historiker haben es bis heute selbst unter der Fahne der „*political correctness*“ nicht erreicht, von diesem falschen und ein ganzes Volk brandmarkenden Begriff des „Vandalismus“ abzugehen. In der Google-Suchmaschine bekam ich in 0,14 Sekunden die Anzeige von 450.000 Meldungen zu „Vandalismus“, und hier auf den ersten zwei Dutzend Seiten - bis auf den Wikipedia-Artikel zu dem Begriff - nur Meldungen zu „blindwütiger Zerstörungswut“ in unserer Gesellschaft der Gegenwart.





„Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung

Die 1955 von Bundespräsident Theodor Heuss entzündete „Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung. Das Mahnmal der deutschen Heimatvertriebenen auf dem Theodor-Heuss-Platz in Berlin, an dem wir jährlich am Tag der Heimat unserer Opfer gedenken, wird seit vielen Jahren von uns mitgepflegt.

So nutzen wir Spenden unserer Mitglieder dazu, die „Ewige Flamme“ brennen zu lassen. Dazu bitten wir in diesem Jahr um eine Spende auf das unten angegebene Konto.

Bankverbindung Deutsche Bank Bonn

BdV Förderverein

IBAN:

DE54 3807 0059 0077 0107 00

BIC:

DEUTDEK380



Aufruf des Leibniz-Instituts für Länderkunde: Heimatzeitschriften erbeten!

Sehr geehrter Herr Hanke,

herzlichen Dank für Ihr Angebot, in Ihrem Rundbrief auf unser Anliegen aufmerksam zu machen. Gerne nehmen wir diese Möglichkeit wahr. Angefügt finden Sie einen Text, der in ähnlicher Weise schon mehrfach abgedruckt wurde.

Ich habe soeben nachgeschaut: Wir haben in unserem Katalog 17 Heimatzeitschriften über Westpreußen nachgewiesen. Allerdings sind die jeweiligen Bestände sehr lückenhaft und bestehen häufig nur aus neueren Ausgaben. Insofern erhoffe ich mir durch den Aufruf viele Ergänzungen.

Nochmals vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen
H. P. Brogiato

Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften Heimatzeitschriften erbeten

Die Geographische Zentralbibliothek (GZB) im Leibniz-Institut für Länderkunde in Leipzig hat Ende 2013 vom Bund Heimat und Umwelt (BHU) die „Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften“ übernommen. Um diese Sondersammlung systematisch auszubauen, wurden in den vergangenen drei Jahren zahlreiche Heimatvereine, Museen usw. mit der Bitte angeschrieben, das Anliegen zu unterstützen und der GZB ihre Heimatzeitschriften zur Verfügung zu stellen. Inzwischen werden mehr als 1000 Zeitschriften und Serien aus dem deutschsprachigen Raum regelmäßig zugesandt. (<http://ifl.wissensbank.com>). Da die Bibliothekslandschaft in Deutschland dezentral aufgebaut ist und einzelne Bibliotheken regionale Sammelschwerpunkte aufweisen, kann man in keiner deutschen Leihbibliothek (die Deutsche Nationalbibliothek als Präsenzbibliothek bildet einen Sonderfall) heimatkundliche Literatur regionsübergreifend vorfinden. Durch den Aufbau der „Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften“ entsteht somit ein einmaliger Bestand, der es erlaubt, heimatkundliche und regionalgeschichtliche Literatur räumlich vergleichend zu untersuchen.

Wir hoffen, dass sich durch diesen Aufruf viele Redaktionen, Heimatkreisbetreuer, Heimatmuseen, aber auch Privatpersonen entschließen können, die von Ihnen betreuten Zeitschriften an die Leipziger Bibliothek zu senden. Erwünscht sind auch die Zeitschriften, die inzwischen eingestellt wurden, von denen es aber vielleicht noch Lagerbestände gibt. Bei größeren Sendungen können die Versandkosten gegen eine Rechnung übernommen werden. Für weitere Informationen setzen Sie sich bitte mit uns in Verbindung:

Dr. Heinz Peter Brogiato
Leibniz-Institut für Länderkunde
GZB – Heimatzeitschriften
Schongauerstr. 9
04328 Leipzig
E-Mail: h_brogiato@ifl-leipzig.de
Ruf: 0341 600 55 126

